

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckschrift: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer 25241
Preis für Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Ausgabe über durch die Post
bis 17 Uhr bis zum Abschluß des Versailler Vertrages
Die einzige 12 mm breite Zeitschrift für Familienanzeige, Anzeigen unter
Stellen u. Wohnungsmärkte, Polizei- u. Berichte 25.— Vorlesungsblätter und
Zeitung. Auswärts: 10 Pfennige gegen Vorabauszeichnung. Einzelnummer 1,50 M.

Geschäftsführung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Pfeisch & Reichert in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattet. Unterlängte Schriftstücke werden nicht aufgenommen.

Frankreichs „Recht“ auf Einmarsch in Deutschland.

Poincaré gegen Chamberlains Erklärungen.

Paris, 20. Mai. Poincaré erklärte gestern abend den Pressevertretern, die Erklärungen Chamberlains im Unterhaus, daß Frankreich eins für allemal auf eine Sonderaktion gegen Deutschland verzichtet habe, beruhten auf falscher Auslegung der Erklärungen Millerands vom Frühling 1920. Millerand habe nach der Belehrung Frankfurts lediglich versprochen, daß Frankreich im Falle eines deutschen Verstoßes gegen das Völkerrecht künftig nur im Einvernehmen mit den Verbündeten vorgehen werde. Frankreich habe aber niemals auf das Recht zur Sonderaktion verzichtet, das Artikel 19, Anlage 2, Teil 8 des Verstailler Vertrages des „respektiven“ Regierungen gebe. Sein französischer Minister würde ohne Zustimmung des Parlaments auf ein im Vertrag verbürgtes Recht Frankreichs verzichten können. Die französische Regierung verharrte außer in der Rede von Bar le Due bekannte Ausfassung, daß Frankreich gesondert gegen Deutschland vorzugehen könne, falls die Verbündeten nach etwaiger Versetzung des Wiedergutmachungsauftaktes über eine Vertragserledigung durch Deutschland sich nicht über gemeinsame Maßnahmen einigen sollten. Der Ministerpräsident hütte hinzu, er halte die erneute Bevorzugung der französischen Ausfassung für notwendig, weil die irreführenden englischen Auslegungen Deutschland zum Widerstand ermutigen könnten, und der Konflikt, den man zu verhindern hoffe, auf diese Weise vielleicht herbeigeführt werden könnte. (W.D.)

Paris, 20. Mai. Der Abgeordnete Alois, ehemaliger Finanzminister im Ministerium Clemenceau und einer der Unterhändler bei den Friedensverhandlungen in Paris, bat an Ministerpräsident Poincaré einen Brief geschrieben, in dem er ihn auf die Erklärungen, die Chamberlain im Unterhaus abgegeben hat, aufmerksam macht. Er sei der Ansicht, daß es nicht mehr um ein Minderverständnis handle, daß bestimmt werden müsse. Der Ministerpräsident rückte darauf an den Abgeordneten Alois ein Schreiben, in dem er u. a. sagt: Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die französische Regierung niemals auf irgendwelche Rechte, die sie aus dem Friedensvertrag herleitet, verzichtet hat. Es hat aber keinen Augenblick in der Absicht der englischen Regierung gelegen, von uns einen derartigen Verzicht zu verlangen, obwohl wir es der französischen Regierung möglich gewesen wären, ihn auszusprechen. Es ist mehr, daß im April 1920 nach der Belehrung von Frankfurt und anderen deutschen Städten ein Meinungsunterschied zwischen den Nachbarn von Paris und London entstanden ist. Die französische und die englische Regierung haben gemeinsam das heimvolksgünstige Interesse anerkannt, das in der Einigkeit am zwischen den Alliierten und der Gemeinsamkeit der Handlungen bei internationalen Fragen, vor allem bei der Ausführung des Verstailler Friedensvertrages, liegt. An jener Zeit bestand es also um eine Maßnahme, die Frankreich im allgemeinen Interesse auf Grund des Völkerbundes allein durchführte und die nicht ausdrücklich im Vertrag vorgesehen war.

Dennoch aber die Reparationskommission am 31. Mai eine beabsichtigte Beschlagnahme Deutschlands feststellt, und wenn gemäß § 17 Anhang 2 zum Abschluß des Verstailler Vertrages die interessierte Regierung damit belastet würde, könnte sie allein aus dem Wortlaut des § 18 das Recht herleiten, die entsprechenden notwendigen Sanktionen zu ergreifen. Die Regierung hat die Absicht, sich mit ihren Alliierten ins Besuch zu legen, und sie wird alles tun, was vor ihr abhängt, um ihre Mitwirkung bei einer Handlung zu erreichen, die die Soltanz Deutschlands notwendig machen könnte.

Zum Briefwechsel zwischen Alois und Poincaré.

Paris, 21. Mai. Der hier erscheinende „Newark Herald“ schreibt zu dem Briefwechsel zwischen Alois und Poincaré: die Sage sei nicht so düster, wie sie beim ersten Blid erscheine. Die französische Regierung sei durchaus gewillt, über die Angelegenheiten mit den Alliierten zu beraten, soll am 31. Mai eine Vertragserledigung Deutschlands notifiziert werden. Die französische Regierung werde nicht einmal auf einer überreichten Regelung bestehen, solange die Panzerkonferenz über den internationalen Anschluss vorliegen werde. Das bedeutet, daß vor Ende Juni keine tatsächliche Aktion wahrscheinlich sei. (W.D.)

Frankreichs Heher am Werke.

Paris, 20. Mai. Am Freitag wurde in Straßburg der Kongress des Nationalkongresses der früheren Kriegsteilnehmer eröffnet. Der Verband, der ungefähr 200 000 Mitglieder zählt, ist durch 200 Delegierte vertreten. Gestern wurde eine Entschließung angenommen, wonin erklärt wird, daß die Reparationen und Pensionen nicht länger von Frankreich bezahlt werden sollen, dies um so mehr, als die deutschen Steuerzahler weniger belastet seien als die französischen Steuerzahler, was dem Verstailler Vertrag und der Gerechtigkeit widerspricht. Die früheren Kriegsteilnehmer fordern daher:

1. daß Deutschland gezwungen werde, ohne weitere Verzögerung die Friedensverträge zu erfüllen;

2. daß Frankreich im Einvernehmen mit den Alliierten und nötigenfalls auch allein einen dahingehenden Schwung ausübe;

3. daß Frankreich die nötigen Pläne ergriffe, um in Gegensatz und im Interesse die Reparationszahlungen durch Deutschland zu sichern dadurch, daß Deutschland einer tatsächlichen Kontrolle unterworfen wird;

4. daß Reparationsforderungen sollen keine weitere Herabsetzung erfahren.

Eine andere Entschließung steht vor, daß der Waffenstillstandsgedenktag durch Brotschalen und Maueranstriche im In- und Auslande an die offiziellen Feierlichkeiten der Deutschen im französischen Kriegsgebiete erinnert sollte. An diesem Tage soll ebenfalls eine Minute dem Gedanken an die Toten geweiht werden. Man fordert außerdem ein Kriegsmuseum und eine lokale Kriegsgeschichte in jedem Dorfe des Kriegsgebietes zur Erbauung und Belohnung der Jugend.

Die Zukunftspolitik Englands nach Asquith.

London, 20. Mai. In seiner Rede auf der Konferenz des Nationalkonservativen Bundes sagte Asquith, es sei durchbar, daß der Friede der Genesungskonferenz, die Wiederherstellung des europäischen Wirtschaftslebens und des Handels zwischen den verschiedenen Ländern, sowie die Schaffung von Beziehungen zwischen allen Ländern auf der Grundlage dauernden Friedens, immer noch als erzielungswürdig verstanden werden müsse, und dies nicht als drei Jahre nach Abschluß des Waffenstillstands. Soviel beurteilt werden könnte, sei es ein einziges Ereignis, das in England das Haupt- und Grundproblem mit dem sich die Staatsmänner Europa und der Welt befaßten müßten. Die Genesungskonferenz sei ausdrücklich daran gehindert worden, das große Problem des europäischen Wiederaufbaus und die Frage der Reparationen und der internationale Schulden zu erörtern. Neben die durch die Genesungskonferenz erzeugte Spannung in den englisch-französischen Beziehungen sprechend, erklärte Asquith, nichts sei unzureichender für die Zukunft Europas, als die Aufrechterhaltung einer wahren und beruhigten Freundschaft zwischen Großbritannien und Frankreich; eine solche Freundschaft brachte keineswegs eine Identifizierung in der Politik und in den Methoden bei jedem internationalen Problem zu bedeuten. Er würde beispielweise an den französischen Freunden ganz offen legen, daß die Engländer die Teilnahme Großbritanniens an irgendwelchen Zwangsmaßnahmen zur Erzwingung unmöglich erachteten und nicht unterschätzen würden. Die Wiederherstellung der alten französischen englischen Beziehungen hänge von der unverzüglichen Regelung der Reparations- und Entschädigungsfrage ab.

Wenn man ihn fragte, was er tun würde, würde er antworten, daß er die geläufigen Papierkästen Deutschlands auf die materiellen Schäden, die tatsächlich durch den Krieg verursacht worden seien, herabsetzen würde. Dann würde er versuchen, mittels des Völkerbundes den Zahlungsmodus und die Zahlungsbedingungen festzustellen, die Deutschland durchführen könne, ohne seinen eigenen Handel oder den Handel des übrigen Teiles der Welt zu zerstören, und die Deutschland insofern seien könnten, eine internationale Auseinandersetzung zu erhalten. Außerdem würde er zugestehen, Frankreich und Belgien auf die englischen Reparationen und auf Wirtschafts- und Wohlfahrtsverträge verzichten und die französischen und die belgischen Schulden an England freigeben. Dies, sagte Asquith, würde bald die Politik Großbritanniens sein. (W. T. B.)

„Die letzte Friedenshoffnung.“

Paris, 21. Mai. „Le Monde“ schreibt: Die letzte Friedenshoffnung ist nicht der Haag, sondern die Konferenz der Finanzmächte, die in Paris beginnen soll. Wie da, wo Wong George gesetzert ist. Morgan vielleicht Erfolg haben? Nur die großen Geldhäuser der Welt sind noch imstande, Europa wieder aufzubauen oder wenigstens ihm dabei zu helfen. Aber sie werden ihre Bedingun-

Der Stapellauf des Dampfers „Carl Legien“.

Büchsen, Stinus, Eberle Neden.

Wilhelmshaven, 20. Mai. Heute vormittag traf hier Reichspräsident und Chef der Marinewehrminister Gessler und des Chefs der Marineleitung Admiral Behnke, sowie des Ministerialdirektors Weihrauch hier ein, um eine Besichtigung der neuen Reichsmarine vorzunehmen. Der Reichspräsident wurde durch ein Minenfischboot zu dem wieder in Dienst gestellten Minenboot „Braunschweig“ gebracht und unternahm auf der „Braunschweig“ eine Fahrt in die Außenwelt. An Bord der „Braunschweig“ erhielt der Chef der Marinestation der Nordsee, Vizeadmiral Zentler, Meldung. Nachdem der Reichspräsident die „Braunschweig“ verlassen hatte und sie auf dem Minenfischboot wieder in den Hafen zurückkehrte, besichtigte unter Führung des Reichspräsidenten Hugo Stinnes der preußische Ministerpräsident Brant, Oberpräsident Osieck, sowie eine große Zahl von Ministerialbeamten des Centralarbeitsgemeinschafts, unter denen sich auch Reichsminister A. D. v. Raumer befand, die Anlagen und Werkstätten von Wilhelmshaven. Morgen fand dann im Beisein des Reichspräsidenten auf der Marinewerft der Stapellauf des Dampfers „Carl Legien“ statt.

Der hier für die Atommachtkraft Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel gebaut worden war, ist ein Schiff, das die führende Position des Reichsministers des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die die Kaufmacht, u. a. wie er darauf hin, daß der Name des Schiffes eine Erinnerung an die große Art Deutschlands sei, sowie ein Denkmal dafür, daß, als das deutsche Volk schwerlich unter Bezeichnung vor dem Hintergrund des Chaos stand. Vertreter der Gewerkschaften und der Industrie sich für den Gedanken eingestellt haben, daß nur die Gemeinschaftsarbeit aller werktätigen Kräfte das deutsche Volk vor dem drohenden Untergang bewahren könnte. Bei Legien als Organisator der Gewerkschaften und dank seiner zahlreichen internationalen Beziehungen besser als irgendwer anderer wußte, daß die deutsche Arbeiterschaft mit ihrem persönlichen Los un trennbar mit dem Los des gesamten deutschen Volkes verbunden wäre, unterzeichnete er den Pakt, der

die Centralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer

gründete. Zum Schluß führte Geheimrat Bücher aus, das neue Schiff „Legien“ solle alle Zeiten ein Symbol dafür sein, daß in Deutschland Arbeitgeber und Arbeitnehmer trotz aller Kämpfe gewillt seien, den Wiederaufbau der Volkswirtschaft und der Wiederherstellung des deutschen Ruhmens zu dienen. Den Anpfiff vollzog Gräfin Kläre-Nora Stinnes. Dann wurde das neue Schiff den Fluten übergeben.

Am Anpfiff an den Taufstein fand im Parkhaus ein gemeinsames Frühstück statt. Dabei hielt Herr Hugo Stinnes folgende Rede:

Wir haben heute beim Stapellauf des Dampfers „Carl Legien“ dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft der deutschen werktätigen Bevölkerung gefolgt, d. h. dem Gedanken, daß namentlich in Zeiten von Not und Gefahr für den Bestand des Deutschen Reichs die hauslichen Meinungsverschiedenheiten der Volksglieder aufzuhören haben, vor der Notwendigkeit, erst einmal den Bau des Staatshauses vom Fundament bis zum Dach zu scheren. Es wäre eine hohe Unaufrichtigkeit, wollte ich hier behaupten, Carl Legien und ich seien nicht in vielen Grundtümperaturen durchaus verschiedener Auffassung, gewissen Werdegang und Lebenserfahrungen müssen verschiedene Auffassungen mit sich bringen. Ich habe aber kann einen anderen Mann keinen gelernt, der mir prokterer Objektivität einen anderen Standpunkt hätte und ihn würdigen könnte, wenn er ihn auch nicht teilte, der ein zwar scharfer, ja radikalster Verfechter seiner Ideen war, aber in einer Art für den Gegner erträglichen Art. Als im Herbst 1918 der Krieg den ungünstlichen Ausgang nahm, als das Radikalismus sich bis in die Grundfesten reißt, war die Demobilisierung, deren Schwierigkeiten damals nur wenige in ihrer vollen Tragweite übersehen, Deutschland in ein Chaos zu führen drohte, damals in

Carl Legien einer der Lebensorienten Deutschlands geworden. Er gab den Ausklang, daß die Centralarbeitsgemeinschaft partizipativ durchgeführt werden könnte, er erklärte auf dieser Grundlage der damaligen Regierung mit Dr. Naumann und mir, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Demobilisierung selbst in die Hand nehmen würden, wenn nicht wenigstens die britischen Partizipanten Hindernisse vor der gemeinsamen Wiederaufbau überwunden würden. Das war eine Wirklichkeit zu weiteren Selbstbeschränkung im Dienst des gemeinsamen Vaterlandes. Damals drohte die Gefahr des völkischen Chaos, die Gefahr, daß das diktatorisierte und bürgerliche Deutschland in die leblosen völkischmilitärischen Außenstände, die einen noch unglaublich entzückenden Ausgang nehmen müssten wie in dem Agatland Russland. Damals stellte Carl Legien das Vaterland und sein Volk über die Machtpolitik der Parteien. Wir stehen in Carl Legien vor einer sehr schwierigen Zeit. Möchte diese und jede anstehende schwere Zeit wieder Männer wie Carl Legien finden, denen an leichter Ende der Wille zur Tat nicht fehlt und denen bei ihren Handlungen das Wohl des ganzen Volkes auschloß und ist. Mögliche die Arbeitsgemeinschaft wie in 1918 in einer Zeit Großen vollbringen. Sie ist entschieden als Heilerin in der Not und wird auch in der Not wieder ihre große Zeit haben.

Der Reichspräsident antwortete u. a. wie folgt: Den Entschluß, daß eben vom Stapel gelöste Schiff „Carl Legien“ zu tauen, habe ich sehr wohl begrüßt. Legien war einer der bedeutendsten deutschen Arbeiterführer. Den Gedanken, daß die Gewerkschaften sich nicht in der Lohnfrage erwidern dürfen, hat er schon in ihrer Entstehungszeit sehr vertrieben. Allerdings darf ihm die Anerkennung der Meinungsberechtigung der Arbeiter und ihrer Organisationen als erstes Prinzip. In der Vertretung der Arbeiterinteressen auf dem Verhandlungsmarsch zwischen Arbeitern und Arbeitgebernorganisationen sah er den ersten Schritt zu diesem Ziele. Für die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft hat Legien mit seinen Freunden in Deutschlands schwerster Zeit und gemeinsam mit Führern der Arbeitgeberorganisationen seine ganze